



Inhaltsverzeichnis

10.12.2025	Ostsee-Zeitung - Greifswalder Zeitung: Wasserstoff-Pipeline in Lubmin wird erstmals befüllt	3
08.12.2025	umweltfairaendern.de: Protokoll einer Ausschusssitzung: Atomtransporte Jülich nach Ahaus im Landtag NRW	4
09.12.2025	swr.de: Streit um Atommüll - Wie sicher ist das Zwischenlager in Philippsburg?	6
09.12.2025	PAZ online (Peiner Allgemeine): Mit Fackeln und Laternen gegen das Atomendlager in Salzgitter	8
09.12.2025	wn.de (Westfälische Nachrichten): Wie Heike Wermer ihre neue Rolle im Kreis versteht	9

Wasserstoff-Pipeline in Lubmin wird erstmals befüllt

Lieferungen bis Sachsen-Anhalt möglich / Leitungsbetreiber Gascade will Zeichen für Standort setzen

Als Betreiber öffnet Gascade die alte Opal-Pipeline (künftig Hyos) für den modernen Energieträger. Die Befüllung des Strangs soll den geplanten Wasserstoff-Investitionen am Standort Lubmin Rückenwind verleihen.

Es könnte ein Meilenstein sein auf dem Weg zur großen „Wasserstoff-Dreh-scheibe“ Lubmin: Am Donnerstag (11. Dezember) will Fernleitungsbetreiber Gascade am Energiestandort bei Greifswald den Probetrieb für die erste deutsche Wasserstoff-Leitung starten.

Wahrscheinlich gegen 11.30 Uhr erreiche der Wasserstoff erstmals das Industriegebiet am Meeresarm Greifswalder Bodden, wo die Befüllung der ersten Pipeline-Abschnitte ende. „Damit steht ab Lubmin als zentraler Knotenpunkt für die Wasserstoff-Wirtschaft schon jetzt eine nutzbare Infrastruktur bereit“, betont Gascade-Sprecherin Uta Kull.

Mit dieser „Initialbefüllung“ seien nun rund 400 Kilometer Pipeline von der Ostsee bis nach Bobbau in Sachsen-Anhalt für den Wasserstoff-Transport vorbereitet. „So entsteht eine durchgehende Nord-Süd-Achse, die einen zentralen Bestandteil des künftigen deutschen Wasserstoff-Kernnetzes bildet“, verdeutlicht Kull.

Gascade nutzt dafür die ehemalige Opal-Leitung, die einst Nord-Stream-

Gas transportierte. Die Pipeline soll künftig „Hyos“ heißen - in Anlehnung an „Hydrogen“, das englische Wort für Wasserstoff, sowie die Ostsee und den Süden, die mit der Leitung verknüpft werden.

Zur Wahrheit gehört aber auch: Die Befüllung ist symbolisch und noch keine Folge von Nachfrage am Markt. Kull: „Wir haben den Wasserstoff selbst eingekauft und die Leitung befüllt, um zu zeigen, wie leistungsfähig das Netz bereits ist.“

Bis tatsächlich Wasserstoff in Lubmin produziert wird oder über die Ostsee anlandet, dürfte noch einige Zeit vergehen. Es gibt zwar mehrere Interessenten dafür am Standort, doch am konkretesten scheinen die Bemühungen der Firma H2Apex aus Rostock-Laage, die 2027 beginnen will.

Gascade-Geschäftsführer Ulrich Benterbusch, der am Donnerstag zum Probetrieb nach Lubmin kommt, forderte in diesem Zusammenhang ein Ende der Förderung für Strom aus erneuerbaren Energien zugunsten von Wasserstoff. „Wir müssen nach 25 Jahren EEG-Förde-

rung kapieren, dass wir mit dem Strom aufhören müssen, was die Subventionen angeht“, so Benterbusch.

Die Ressourcen müssten umgeleitet werden, um den Markt für Wasserstoff anzuschieben. Auch der weitere Netzausbau sei dringend geboten.

Am Standort Lubmin hat ein Firmenbündnis vor kurzem einen Masterplan veröffentlicht, wie bis zum Jahr 2035 rund um die erhofften Wasserstoffinvestitionen 2000 Arbeitsplätze entstehen könnten - auch durch Gaskraftwerke, Wasseraufbereitung, Batteriespeicher und Unternehmen, die sich aufgrund günstiger Energie am Standort ansiedeln.

„Es wäre auch einiges ohne Wasserstoff möglich, aber diese Projekte sind der Schlüssel, um Lubmin in dieser Größe zu entwickeln“, sagt Gerold Jürgens, der als Inhaber mehrerer Lubminer Unternehmen zu den Initiatoren des Masterplans zählt. Sollten alle aktuell geplanten Vorhaben für Lubmin bis 2035 kommen, wären das Investitionen von etwa drei Milliarden Euro.

Wörter: 426
Autor/-in: Alexander Loew
tmt6uczfxkceiv1bs01kc6k
Seite: 9
Ressort: Greifswald Lokales (GRW1)
Medienkanal: PRINT
Mediengattung: Tageszeitung
Medientyp: PRINT

Ausgabe: Nebenausgabe
Auflage¹: 5.876 (gedruckt)
6.630 (verkauft)
7.236 (verbreitet)
Reichweite²: 0,03018 (in Mio)

¹IVW 3/2025

²AGMA ma 2025 Tageszeitungen

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

 umweltfairaendern.de

Protokoll einer Ausschusssitzung: Atomtransporte Jülich nach Ahaus im Landtag NRW

8. Dezember 2025 13:32 | Medienart: Online

[Originalartikel](#) (Online Website)

Dirk Seifert 0

Die geplanten **Atomtransporte** mit 152 Castor-Behältern Typ AVR von Jülich nach Ahaus werden in diesem Jahr nicht mehr stattfinden. Proteste, höchste Sicherheitsanforderungen wegen Terrorrisiken und auch der Schutz der einzusetzenden Sicherheitskräfte vor der Radioaktivität und vor allem eine Klage des BUND NRW haben zuletzt immer wieder für Verzögerungen gesorgt. Auch der Landtag in NRW ist immer mal wieder mit dem Thema befasst. Z.B. der Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie hatte sich Ende Oktober mit dem Thema nach mehrfachen Terminverschiebungen mit der Sache befasst. Ausgerechnet die FPD, die vor den Grünen mit der CDU in NRW regierte und zuständig war, hatte das Thema aufgerufen. Die Sitzung fand zwar öffentlich statt und wurde live gestreamt, das Protokoll liegt nun aber erst vor und öffentlich zugänglich. Eine Befassung des Verwaltungsgerichts in Berlin wird noch im Dezember erwartet.

Das Protokoll der Ausschuss-Sitzung im Landtag NRW ist hier als PDF online. (Siehe auch gleich unten als Auszug den Top 7 zum Thema. umweltFAIRaendern hat über das Thema **Atomtransporte** aus Jülich und Garching nach Ahaus immer wieder berichtet. Dazu einfach die Suchfunktion auf dieser Seite benutzen.

Dokumentation:

Landtag Nordrhein-Westfalen – 39 – APr 18/1023 Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie 29.10.2025 80. Sitzung (öffentlich) sv

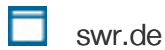
Top 7 Bis zu 152 Castortransporte von Jülich nach Ahaus genehmigt – Die Landesregierung muss nun endlich Transparenz herstellen (Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [siehe Anlage 6])

Bericht der Landesregierung Vorlage 18/4157

Trotz der ablehnenden Haltung der Landesregierung würden Castortransporte in absehbarer Zeit durch Nordrhein-Westfalen rollen, betont Dietmar Brockes (FDP). Daher halte er deutlich mehr Transparenz gegenüber der Öffentlichkeit für erforderlich. Die Landesregierung berichte über eine abschließende Bewertung der Erbebensicherheit und Seismik am Zwischenlagerstandort Jülich durch das **Bundesamt** für

die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) im Jahr 2022 nach langjähriger Prüfung, mache aber keine Angaben dazu, wie das Prüfungsergebnis ausgefallen sei, worum er nun bitte. Er gehe von der Existenz eines Gutachtens oder dergleichen aus. Zudem bitte er die Landesregierung eingedenk ihrer Aussage, derartige Informationen nicht breit zu streuen, im öffentlichen Interesse dennoch um Auskunft zum Zeitplan und zum Verfahrensstand bei den Koordinierungsgesprächen, die laut Landesregierung mindestens acht Wochen vor dem Transport stattfinden sollten. Die Landesregierung habe in ihrem Bericht den zeitlichen Ablauf dargestellt und die Verantwortlichkeiten klar benannt, schildert Norika Creuzmann (GRÜNE). Angesichts der weltpolitischen Lage interessiere es sie, zu erfahren, ob das Zwischenlager Ahaus potenziellen Terrorangriffen standhalten könne bzw. wie die BGZ Gesellschaft für Zwischenlagerung entsprechende Sicherheitsvorkehrungen umsetze. Zudem wolle sie angesichts Unmengen von Castorbehältern in Ahaus und in Garching bei München in Erfahrung bringen, wie das BGZ die Verlängerung der auslaufenden Transportgenehmigungen sicherzustellen gedenke. Da die Landesregierung die Beteiligungsverhältnisse von Bund und Land an der Jülicher Entsorgungsgesellschaft für Nuklearanlagen (JEN) im Falle eines Neubaus in ihrem Bericht als nicht sachgerecht beschreibe, wolle er wissen, ab wann die Landesregierung angesichts des Haushaltsbeschlusses 2022, in dem sich diese nicht sachgerechte Aufteilung manifestiere, Kenntnis davon hatte und ob sie beabsichtige, daran Änderungen vorzunehmen, so André Stinka (SPD). Nach Ansicht des BASE stehe die Erdbebensicherheit einer Aufbewahrungsgenehmigung für Kernbrennstoffe in Bezug auf das Zwischenlager Jülich nicht entgegen, erläutert StS'in Silke Krebs (MWIKE). Weitere Auskünfte dazu könne nicht die Landesregierung, sondern nur das BASE selbst erteilen, das Gutachten zur Erdbebensicherheit aus nachvollziehbaren Gründen sicherlich nicht öffentlich machen werde. Landtag Nordrhein-Westfalen – 40 – Apr 18/1023 Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie 29.10.2025 80. Sitzung (öffentlich) sv Im Hinblick auf das Zwischenlager Ahaus habe die Landesregierung den Bund wiederholt darauf hingewiesen, dass sie eine Verlagerung von radioaktivem Material in ein Lager mit in naher Zukunft auslaufender Genehmigung nicht für ratsam halte und die Erstellung eines bundesweiten Gesamtkonzeptes für die Zwischenlager empfehle. Deren Genehmigungen würden nämlich bis Mitte bzw. Ende der 2030er-Jahre erlöschen. Obwohl sich der Bund um eine Beschleunigung im Zusammenhang mit der Endlagerung bemühe, werde das Verfahren noch einige Jahrzehnte in Anspruch nehmen. Daher müsse der Bund klären – die Landesregierung habe dies kommuniziert –, für welche Zwischenlager mit entsprechenden Sicherheitsstandards eine rechtzeitige Verlängerung der Aufbewahrungsgenehmigung vorgesehen sei. Näheres dazu könne nur vonseiten der BGZ als zuständige Institution des Bundes bekanntgegeben werden. Nach Einschätzung der Landesregierung handele es sich bei der Wiedergenehmigung von Zwischenlagern allerdings um einen komplexen Sachverhalt. Der Hinweis auf die nicht sachgemäße Aufteilung der Mittel des Bundes und des Landes für die JEN stehe im Zusammenhang mit dem Vorschlag der vollumfänglichen Finanzierung eines Lagerneubaus am Standort Jülich durch das Land, der im Widerspruch zu der anteiligen Finanzierungsvereinbarung zwischen Bund und Land für die Lagerung in Jülich stehe. Ein Neubau komme nach Ansicht der Landesregierung nur dann infrage, wenn diese Finanzierungsvereinbarung berücksichtigt werde und die Zeit bis zur Fertigstellung eines solchen Neubaus durch eine Verlängerung der Genehmigung für das bestehende Zwischenlager überbrückt werde. Das Koordinierungsgespräch habe am 23. September 2025 im Polizeipräsidium in Münster stattgefunden, ergänzt MR Dr. Mart

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH



swr.de

Streit um Atommüll - Wie sicher ist das Zwischenlager in Philippsburg?

9. Dezember 2025 15:59 | Medienart: Online

[Originalartikel](#) (Online Website)

Das **Bundesamt** sieht die Sicherheit des Zwischenlagers in Philippsburg als gegeben an, mögliche Szenarien seien berücksichtigt. Jetzt muss der Verwaltungsgerichtshof (VGH) Baden-Württemberg in Mannheim darüber entscheiden. Für die Verhandlung ab kommendem Dienstag sind zwei Tage angesetzt.

In Philippsburg lagern 106 Castoren mit teils hochradioaktivem Material aus dem ehemaligen **Atomkraftwerk** und der Wiederaufarbeitungsanlage in La Hague in Frankreich. Die Behälter mit den letzten vier Behältern hochradioaktivem **Atommüll** sind vor einem Jahr auf das Gelände gebracht worden. Das Lager ist voll, mehr wird hier nicht untergebracht.

Die Kernfrage, mit der sich der VGH auseinandersetzen muss: Wie gut sind das Zwischenlager und die Castoren gegen Einflüsse und Angriffe von außen geschützt?

Für den Bürgermeister von Philippsburg, Stefan Martus (CDU), geht es um "Sicherheit und Sicherung", wie er sagt.

Martus spricht von zivilen Flugzeugen, die für einen terroristischen Anschlag in das Zwischenlager gesteuert werden könnten, vom möglichen Absturz einer bewaffneten Militärmaschine und von Drohnenangriffen. Hier wolle man die Fragen, die man gestellt habe, zur Zufriedenheit der Bevölkerung beantwortet wissen.

Für die Sicherheit ist grundsätzlich der Betreiber zuständig, also die **BGZ** Gesellschaft für Zwischenlagerung, die in Deutschland an insgesamt 17 Standorten Zwischenlager betreibt. Der Betreiber muss laut **BASE** sicherstellen, dass die Einrichtung den Auswirkungen eines Zwischenfalls so lange standhält, bis Sicherheitsbehörden eingreifen können.

Allerdings sei der **BGZ** die Absicherung gegen militärische Angriffe nicht zuzumuten, so das **Bundesamt** weiter. Offen bleibt die Frage, wer letztendlich für die Absicherung gegen solche Angriffe verantwortlich ist.

Die Castoren im Zwischenlager in Philippsburg befinden sich in einer oberirdischen Halle hinter meterdickem Beton. Die Halle besteht aus zwei Teilen. Es gibt eine Kühlung durch ein Abluftsystem, weil durch den

radioaktiven Zerfall Wärme entsteht.

Einzelheiten des Baus bzw. des Sicherheitskonzepts sind geheim, um potenziellen Angreifern keine Handlungsempfehlung zu geben. Nicht einmal die Gerichte kennen alle Details.

Das Zwischenlager in Philippsburg ist - wie alle Zwischenlager in Deutschland - für 40 Jahre genehmigt. Die Genehmigung für Philippsburg läuft im Jahr 2047 aus. Die BGZ geht allerdings davon aus, dass die Brennelemente in den Castoren noch Jahrzehnte länger in Philippsburg stehen werden, weil sich die Suche nach einem Endlager für hochradioaktiven Atommüll in Deutschland eben so lange verzögern wird. Aus Sicht der heutigen Generation ist das Zwischenlager also faktisch ein Endlager.

Sollte der VGH im Sinne der Kläger entscheiden und gegen die Genehmigung des Zwischenlagers, würde die rechtliche Grundlage fehlen. Dann dürften die Castoren nicht in Philippsburg bleiben.

Kostenfrei bis 14:14 Uhr lesen, AG Schacht KONRAD

Mit Fackeln und Laternen gegen das Atomendlager in Salzgitter

Salzgitter

Die AG Schacht KONRAD in Salzgitter sieht den Umbau des Erzbergwerk in Salzgitter zum Atom-Endlager als gescheitert an, die Arbeiten laufen aber weiter. Sie hat deshalb zu einer Protestkundgebung eingeladen.

Die Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD macht weiter mobil gegen die Pläne, aus dem früheren Erzbergwerk eines Tages ein Endlager für Atommüll zu machen. Unter dem Titel „Fehlgeplant und angeklagt!“ haben die Mitglieder bei einer Kundgebung mit anschließendem Fackel- und Laternenumzug zum KONRAD-Haus in Bleckenstedt ihren Protest deutlich gemacht. „Leider müssen wir uns immer noch hier einfinden“, sagt Vorstandsmitglied Marianne Neugebauer. Die AG lädt immer kurz vor Jahresende zu einer Abschlussveranstaltung zum Schacht ein.

Das Projekt aus Sicht der Gegner gescheitert, dennoch laufen die Arbeiten weiter. Dabei sind aus Sicht Marianne Neugebauers neue Probleme in diesem Jahr deutliche geworden. Sie verweist auf die gehobene wasserrechtliche Erlaubnis und die Frage, wie die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) mit den Bedenken umgeht. Die Auflagen hätten sich erhöht und es gebe kein geeignetes Gebinde, um den Atommüll für alle Zeiten sicher einzulagern. Aber

auch die immer weiter steigenden Kosten für den Schacht-Umbau treiben die AG um. „Für uns ist das Treffen eine gute Gelegenheit, darauf aufmerksam zu machen, dass unser Protest seine Berechtigung hat.“

Mit der Suche nach einem Standort für ein Lager für schwach bis mittelstark strahlenden Atommüll müsste jetzt begonnen werden, fordert sie auch mit Blick auf andere Standorte in Deutschland. „In vielen Stellen in der Bundesrepublik haben wir die Last mit dem Atommüll“, so Marianne Neugebauer. Die Politik habe keine vernünftige Lösung und die Probleme über Jahre ausgeessen. „Aber wir dürfen nicht nachlassen“, lautet ihre Botschaft.

Allerdings lässt die Resonanz nach, keine 30 Frauen und Männer fanden sich an dem Abend ein – verglichen mit einigen Hunderten, die früher auf die Straße gingen. Das räumt auch Marianne Neugebauer ein. Aber derzeit konzentrierte sich der Vorstand auf die inhaltliche und juristische Arbeit. Denn noch

läuft das Verfahren gegen den mehr als 20 Jahre alten Genehmigungsbescheid für Schacht KONRAD als Endlager, den der BUND und der NABU angefochten hatten.

Die von den Verbänden beantragte Aufhebung des Planfeststellungsbeschlusses wurde zwar abgelehnt, aber die Klagen gegen diese Entscheidung laufen noch. Weitere Gutachten sind nötig, so Marianne Neugebauer, nächstes Jahr soll auch der öffentliche Protest wieder Fahrt aufnehmen. Sie hofft, dass viele Leute in Salzgitter mitziehen. „Wir brauchen die Unterstützung, wenn wir KONRAD verhindern wollen.“

Unter den Zuhörern war auch Hennig Hofmann, der sich bei der BGE um die KONRAD-Öffentlichkeitsarbeit kümmert. „Wir freuen uns über die kritische Begeleitung und setzen weiter auf den Dialog“, lautet sein Kommentar zu dem Treffen.

PAZ

Wörter: 424
 Autor/-in: Roland Weiterer
 Ressort: Kostenfrei bis 14:14 Uhr lesen
 Rubrik: Salzgitter und Umland
 Medienkanal: ONLINE
 Mediengattung: Online News
 Medientyp: ONLINEMEDIEN

Ausgabe:
 Visits (VpD)¹:

Einzelausgabe
 3.357.860

Weblink: <https://www.paz-online.de/lokales/salgitter/mit-fackeln-und-laternen-gegen-das-atomendlager-in-salgitter-MFTCOZQKTJC7JPNOP27NA764H4.html>

¹ von PMG gewichtet 10-2025

Kreispolitik der CDU

Wie Heike Wermer ihre neue Rolle im Kreis versteht

Kreis Borken

Im Gespräch ordnet Heike Wermer ihre Vorstellungen für die CDU im Kreis ein: mehr Beteiligung, mehr Präsenz, mehr Dialog. Beim Blick auf den Rentenkonflikt der Union und das Castor-Zwischenlager zeigt sie auf, welchen Kurs sie einschlagen möchte.

20 Jahre lang war Jens Spahn Kreisverbandsvorsitzender der CDU. Beim Kreisparteitag im November übergab er das Ruder an Heike Wermer aus Heek. Die 37-jährige Germanistin und Sprachwissenschaftlerin ist seit 2017 Landtagsabgeordnete für den Wahlkreis Borken II.

„So einen richtigen Moment, in dem ich gesagt habe: Ich mache es, gab es eigentlich nicht. Es war eher ein längerer Prozess“, sagt Wermer. Als sich abzeichnete, dass Jens Spahn den Kreisvorsitz aufgrund seiner Funktion als Bezirksvorsitzender abgibt, sei die Idee langsam gereift. „Ich habe dann erst mal abgewogen, wie die Interessenlage hier im Kreisgebiet ist“, erinnert sich Wermer. Im Laufe des Sommers klappte sie die einzelnen Kommunen ab und sprach mit vielen Gemeindeverbandsvorsitzenden, um auszuloten, wie die allgemeine Meinung zu ihrer Person ist. Und die ist offenbar nicht ganz so schlecht: Denn Heike Wermer wurde beim Kreisparteitag mit 97 Prozent der Stimmen zur neuen Vorsitzenden gewählt.

Präsenz zeigen

Wermer hat einiges vor. Die Frage, ob sie einigen Stellschrauben noch mal die ein oder andere Feinjustierung geben möchte, entlockt ihr ein vehementes Nicken. „Ich möchte die Mitglieder mehr zum Mitmachen einladen“, erklärt Wermer. Diesbezüglich gebe es noch viel Potenzial. „Das ist natürlich auch dem Umstand geschuldet, dass Jens Spahn seine Aufgaben in Berlin hat und dementsprechend nicht so präsent vor Ort sein konnte, wie er es vielleicht gewollt hätte.“ Die Idee ist also klar: Präsenz zeigen, den Fokus auf den Kreis richten.

Und das dürfte deutlich besser funktionieren, wenn man, wie Heike Wermer, im Kreis Borken lebt – ganz im Gegensatz zu Bundestagsfraktionsvorsitzendem Jens Spahn.

Welche politischen Themen im Kreis Borken jetzt und in den kommenden Jahren von zentraler Bedeutung sind und sein werden, wisse sie nur allzu gut, sagt Wermer. Als wirtschaftlich ohnehin schon starke Region gelte es, die heimische Wirtschaft weiter zu stärken und auszubauen. „Wir sind eine Marcherregion mit Leuten, die bereit sind, anzupacken und ihr eigenes Schicksal in die Hand zu nehmen“, ist Wermer überzeugt. Vor allem die landwirtschaftliche Prägung und der breite Branchenmix der Unternehmen machten den Kreis Borken zu einem „echten Tausendfüßler.“ Auch das Ehrenamt, die ärztliche Versorgung im Kreis, die Infrastruktur seien – wie eigentlich überall – Themen, die immer von großer Bedeutung sind.

An Tiktok führt kein Weg vorbei

Vor allem aber möchte Wermer junge Menschen davon überzeugen, sich politisch zu engagieren. Zwar beobachtet sie ein vermehrtes Interesse an Politik und die damit einhergehende gesteigerte Diskussionsbereitschaft. Doch die derzeit herrschende politische Lage mache es nicht leichter, junge Menschen ins Boot zu holen. „Grundsätzlich finde ich es immer gut, wenn sich Jugendliche festlegen“, egal in welcher Partei – solange sie nicht ganz links oder rechts ist, „damit habe ich Probleme.“ Doch wo könnte man dort ansetzen, wenn man ohnehin schon intensiv versucht, mit Jugendlichen und Schülern

in Kontakt zu treten? „Natürlich kann man diese Leute dann mal mit einem Tiktok-Clip catchen“, erklärt Wermer. „Aber dann ist die Frage immer, wie ich sie langfristig an mich binden und auch mit Inhalten überzeugen kann, sodass sie sich bei der CDU richtig behemtet fühlen.“ Wermer selbst hat noch kein eigenes Tiktok-Konto – das könnte sich allerdings bald ändern. „Ich habe in den vergangenen Wochen und Monaten gemerkt, dass der Druck diesbezüglich wächst“, sagt sie und lächelt. „Ich war immer etwas skeptisch, weil China dahintersteckt. Aber ich denke, an Tiktok führt jetzt für mich kein Weg mehr vorbei.“

50 Prozent Spaß, 50 Prozent Politik

Heike Wermer war 15 Jahre alt, als sie der Jungen Union (JU) beigetreten ist. „Ich würde sagen, die Junge Union besteht zu 50 Prozent aus Spaß und zu 50 Prozent aus Politik“, dementsprechend stand bei ihr damals der Spaß im Vordergrund. Ihre ältere Schwester nahm sie mit zu einer Parteiveranstaltung, aus der für sie eine unverhoffte Mitgliedschaft bei der JU hervorging. „Ich hatte mir eigentlich vorgenommen, als Nichtmitglied wieder nach Hause zu kommen – das kam dann aber anders“, erinnert sich Wermer. Eine Entscheidung, die sie rückblickend keineswegs bereut. „Dadurch bin ich in die Politik mehr oder weniger reingestolpert.“ Ihr machte es plötzlich großen Spaß, sich mit Gleichaltrigen über Politik zu unterhalten und zu debattieren. Daran hat sich offenkundig bis heute nichts geändert.

Rentenpakete nicht zugestimmt

Dieser Tage ist von den „50 Prozent Spaß“ nicht viel zu spüren. Es entsteht viel mehr der Eindruck, als ginge es derzeit ausschließlich um knallharte Politik. Das geplante Rentenpaket der Koalition wird von jungen Unionspolitikern in ganz Deutschland scharf kritisiert. Viele drohen damit, dagegen zu stimmen – ein Umstand, der die Regierung ins Taumeln bringt. Wäre Wermer heute auch eine dieser „Renten-Rebellen“? „Wäre ich nicht Abgeordnete, sondern einfach nur Mitglied der Jungen Union, dann wäre ich auf dem Deutschlandtag große Befürwor-

terin und Verfechterin des Antrags der Jungen Union gewesen, dem Rentenpaket nicht zuzustimmen.“ Doch heute sieht sie vor allem das übergeordnete Interesse, eine stabile Regierung erhalten zu können. „Deshalb wäre ich heute kompromissbereit.“

Zwischenlager wird kein Endlager

Beim Thema Castor-Zwischenlager in Ahaus zeigt Wermer eine ähnliche Haltung. „Ich habe in meiner Kindheit drei, vier Kilometer Luftlinie von dem Lager gewohnt. Natürlich ist das nicht

schön. Aber ich sehe die Gesamtverantwortung, die wir hier tragen“, sagt sie. Zwar könne sie die Proteste verstehen, doch sie geht nicht davon aus, dass aus dem Zwischenlager je ein Endlager wird. Laut einem BASE-Gutachten von 2024 könnte sich die bundesweite Endlagersuche jedoch noch um Jahrzehnte verzögern, sodass der Müll vorerst in den Zwischenlagern bleibt; der BUND hat deshalb im September Klage gegen neue Transportgenehmigungen eingereicht.

Wörter:	924	Ausgabe:	Einzelausgabe
Autor/-in:	Redaktion Westfälische Nachrichten	Visits (VpD) ¹ :	188.675
Ressort:	PLUS	Unique Users (UUpD) ² :	34.000
Rubrik:	Gronau		
Medienkanal:	ONLINE		
Mediengattung:	Online News		
Medientyp:	ONLINEMEDIEN		

Weblink: <https://www.wn.de/muensterland/kreis-borken/gronau/wie-heike-wermer-ihre-neue-rolle-im-kreis-versteht-3447244>

¹ von PMG gewichtet 10-2025

² gerundet agma ddf Ø-Tag 2023-03 vom 21.04.2023, Gesamtbevölkerung 16+